Ressort: Politik

Top-Ökonomen attackieren Anti-Euro-Partei

Berlin, 01.06.2013, 04:00 Uhr

GDN - In der Debatte um eine mögliche Auflösung der Euro-Zone attackieren fünf der bekanntesten deutschen Ökonomen die Anti-Euro-Partei "Alternative für Deutschland". Die Wissenschaftler, darunter die Chefs der Forschungsinstitute DIW, ZEW und IW Köln, warnen in einem Gastbeitrag für die "Süddeutsche Zeitung" vor einer "chaotischen wirtschaftlichen Lage", wenn mehrere Länder den Euro verlassen.

Sie schreiben: "Wir halten das für den falschen Weg und plädieren dafür, die Währungsunion in ihrer jetzigen Zusammensetzung zu bewahren." Sie wehren sich damit dagegen, dass ihre Zunft von der neuen Partei und deren Chef, dem Ökonomen Bernd Lucke, vereinnahmt wird. Die AfD hatte sich in ihrem Wahlprogramm zuvor für "eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets" ausgesprochen. Die fünf Top-Ökonomen halten es dagegen für "illusorisch, dass die Auflösung der Währungsunion in einem geordneten, rationalen Verhandlungsprozess erfolgen könnte". Dafür seien die Interessensgegensätze der EU-Staaten und vor allem der Druck der Kapitalmärkte zu groß. Die fünf Top-Ökonomen warnen, dass die Krisenländer durch einen Austritt aus der Euro-Zone den Zugang zum Kapitalmarkt verlieren. Dies "kann zu einem wirtschaftlichen Kollaps der Krisenländer führen, wie die Erfahrung vergangener Schuldenrestrukturierungen allzu deutlich macht. Dieses würde eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Länder auf viele Jahre bedeuten", schreiben sie. "Auch Deutschland würde sich einer solchen Krise nicht entziehen können und wirtschaftlich einen hohen Preis durch niedrigeres Wachstum sowie hohe direkte und indirekte finanzielle Kosten zahlen", warnen sie. Die Autoren des Pro-Euro-Aufruf halten es zudem für kaum möglich, in den Krisenländern, so wie von der AfD vorgeschlagen, eigene Währungen parallel zum Euro einzuführen. Dieser Plan "kann nicht funktionieren", schreiben sie: "Die Kapitalmärkte würden sofort gegen die neue Währung spekulieren. Es würde zu einer massiven Kapitalflucht kommen, die die Finanzierungskosten für Staat, Unternehmen und private Haushalte sehr viel stärker anstiegen ließe, als es Europa in den letzten Jahren erfahren musste. Dies würde zu einer noch tieferen Rezession und sozialen Schieflage in den Austrittsländern führen." Die fünf Top-Ökonomen plädieren stattdessen dafür, die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer zu erhöhen, die Haushalte zu sanieren und für mehr Wachstum zu sorgen. "Die Alternative zur Auflösung der Währungsunion besteht in dem Versuch, die Krise unter Bewahrung der gemeinsamen Währung zu überwinden", schreiben die Wirtschaftswissenschaftler, "es wird langwierig und schwierig sein, und es wird eine hohe Disziplin seitens der Politik und Geduld erfordern." Den Pro-Euro-Aufruf verfasst haben Marcel Fratzscher, Präsident Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin; Clemens Fuest, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim; Hans Peter Grüner, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim; Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, und Jörg Rocholl, Präsident der European School of Management and Technology in Berlin.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-14937/top-oekonomen-attackieren-anti-euro-partei.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com